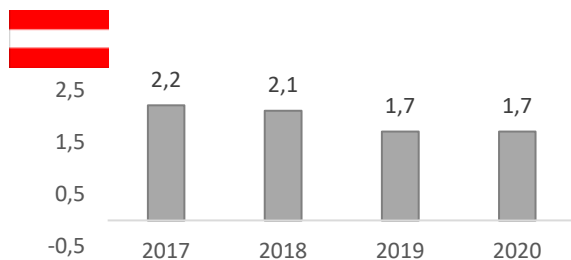
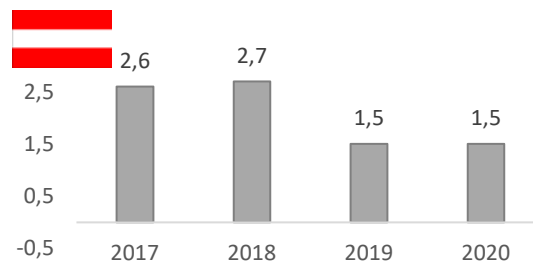


WIRTSCHAFTSPROGNOSE EU, Österreich – Sommerprognose Europäische Kommission

- Die Europäische Kommission prognostiziert ein BIP-Wachstum in der Eurozone von 1,2 % für das Jahr 2019 und 1,4 % für das Jahr 2020. Für die Europäische Union insgesamt beläuft sich die BIP-Prognose auf 1,4 % im Jahr 2019 und 1,6 % im Jahr 2020.
- Alle Volkswirtschaften in der EU sollten im Jahr 2019 und 2020 wieder Wachstum verzeichnen. Der kräftigen Expansion in Mittel- und Osteuropa steht jedoch eine Konjunkturverlangsamung vor allem in Deutschland und Italien gegenüber. Die handelspolitischen Spannungen und die politischen Unsicherheiten wirken sich weiter auf das verarbeitende Gewerbe aus. Auch ein Brexit ohne Abkommen birgt weiterhin Risiken.
- Die Binnennachfrage ist weiterhin der Motor für Wachstum innerhalb Europas. Der robuste Arbeitsmarkt stützt die Nachfrage.

Reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Die Europäische Kommission prognostiziert aufgrund der globalen wirtschaftlichen Abschwächung für Österreich ein BIP-Wachstum von 1,5 % im Jahr 2019 und 2020. Die Prognose für 2020 wurde somit seit dem Frühjahr um 0,1 Prozentpunkte gesenkt.



Inflation, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Die Europäische Kommission erwartet außerdem für die Jahre 2019 und 2020 eine Inflation von 1,7 %. Das Ziel der Preisstabilität „unter, aber nahe 2 %“ soll aufgrund der moderaten Energiepreise wieder erreicht werden.

Quelle: EK

LEISTUNGEN DER UNTERNEHMEN

527.951 ^{+2,02%} ggü. 2017 38.327

aktive **Unternehmen** gab es in Österreich 2018

davon sind **Neugründungen**

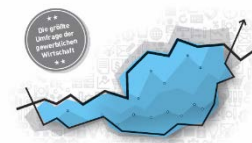
2,69 Mio. +3%

Unselbstständig Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft +72.000 Beschäftigte ggü. 2017

Die **Zahl der exportierenden Unternehmen** ist im **Jahr 2018 auf 61.300** angestiegen. Die Unternehmen exportierten im Jahr 2018 **Waren und Dienstleistungen im Wert von 214,6 Mrd. EUR**.

WKÖ WIRTSCHAFTSBAROMETER – Sommer 2019

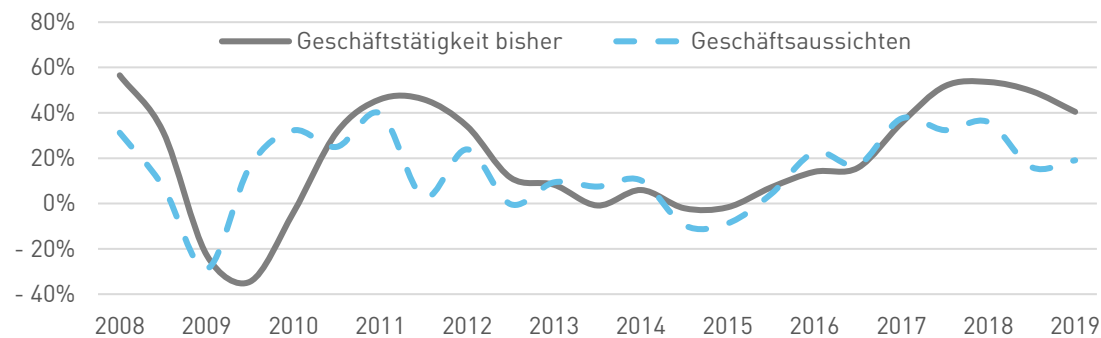
Die Ergebnisse des WKÖ-Wirtschaftsbarometers zeigen weiterhin positive Aussichten der Unternehmen, der Höhepunkt ist jedoch bereits überschritten. Die Geschäftsaussichten für die kommenden 12 Monate liegen deutlich unter der Einschätzung der bisherigen Lage, insbesondere bei Gesamtumsatz, Auftragslage, der Anzahl der Beschäftigten und dem Investitionsvolumen.



WKÖ WIRTSCHAFTSBAROMETER
SOMMER 2019: POSITIVER AUSBLICK – SCHWUNG LÄSST NACH

Geschäftsaussichten: Durchschnitt aus Auftragslage und Umsätzen

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Wirtschaftsbarometer Sommer 2019

Auftragslage

29% erwarten eine bessere Auftragslage

Investitionen

23% erwarten besseres Investitionsvolumen

Exporte

37% erwarten bessere Exportumsätze

Wirtschaftsbarometer Sommer 2018

Auftragslage

43% erwarten eine bessere Auftragslage

Investitionen

29% erwarten besseres Investitionsvolumen

Exporte

57% erwarten bessere Exportumsätze

IM FOKUS: OECD Going for Growth 2019

Der „Economic Policy Reforms 2019: Going for Growth“ Bericht der OECD soll helfen, globale, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen zu thematisieren. Reformmaßnahmen werden priorisiert, um sich auf die Zukunft vorzubereiten und Herausforderungen in Chancen umzuwandeln.

Folgende Maßnahmen werden u.a. von der OECD für Österreich vorgeschlagen:

- Förderung von Erwerbsbeteiligung in Vollzeit von beiden Elternteilen im ganzen Land: Eine qualitative, ganztägige Kinderbetreuung soll ausgebaut werden.
- Niedrigere Grenzsteuersätze auf Arbeitseinkommen: Die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Erwerbstätige soll gesenkt werden.
- Reduktion von Anreizen für einen frühzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt: Das offizielle Pensionsalter von Frauen soll an das der Männer angepasst werden. Förderungen für eine Frühpension sollen gestrichen und die Anspruchsvoraussetzungen für eine Invalidenrente sollen erhöht werden.
- Reduktion von Wettbewerbsbarrieren für professionelle Dienstleistungen und Einzelhandel: Mehr Wettbewerb soll ermöglicht werden, ohne die Qualitätsstandards und den Konsumentenschutz zu senken.
- Verbesserung der Tertiärbildung: Allgemeine Studienbeiträge sollen wiedereingeführt werden, um Qualitätsverbesserungen finanzieren zu können, ohne sozioökonomische Trennung herbeizuführen.